

Ein Aufbruch, aber wohin?

In hunderten von Städten demonstrierten vergangenen Freitag junge Menschen für mehr Klimaschutz. Die „Fridays for Future“-Bewegung ist mittlerweile eine globale Initiative, die auch in der Landwirtschaft unterschiedlich gesehen wird.

Allein in München waren es laut Veranstalter mehr als 10 000. Sie trotzten dem Regen und marschierten vom Odeonsplatz zur Theresienwiese. In den Händen trugen sie handgeschriebene Plakate mit Sprüchen wie „Schützt das Klima“. Ein großer Teil waren Schülerinnen und Schüler, die trotz Unterricht lieber zur Kundgebung gingen, inspiriert von der 16-jährigen Schwedin Greta Thunberg. Die Aktivistin war im Spätsommer 2018 eine Zeit lang der Schule ferngeblieben, um vor dem Schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Gleichzeitig mit München fanden weltweit ähnliche Kundgebungen statt. Die deutschen Veranstalter gehen von rund 300 000 Menschen aus, die sich landesweit in über 200 Städten beteiligten.

Dabei sind Thunbergs Forderungen durchaus radikal. In einer Rede im Dezember auf der Klimakonferenz von Kattowitz sagte sie: „Unsere Biosphäre wird geopfert, damit wenige Menschen, in Ländern wie meinem eigenen, in Luxus leben können. Wir müssen fossile Energieträger im Boden lassen und uns mehr auf Gerechtigkeit konzentrieren.“

Bundesregierung lobt

Zahlreiche Politiker erklärten sich mit dem Protest solidarisch. Bereits Anfang März hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gesagt: „Ich begrüße es sehr, wenn junge Menschen uns mahnen, etwas zu tun.“ Es handele sich um eine „gute Initiative“. Zum geforderten Kohleausstieg verwies die Bundeskanzlerin auf die eingesetzte Kommission, die mit Vertretern aller Betroffenen besetzt sei.

SPD-Chefin Andrea Nahles kündigte vergangene Woche an, 2019 zum „Klimajahr“ machen zu wollen. Sie verwies auf einen Beschluss der Bundesregierung, ein Klimakabinett gründen zu wollen. Dieses soll die deutschen Klimaschutzziele für 2030 umsetzen. Auch das umstrittene Klimaschutzgesetz (wir berichteten) soll noch in diesem Jahr beschlossen werden.

Doch es gibt auch Kritik. FDP-Chef Christian Lindner lobte zwar via Twitter das politische Engagement der Schülerinnen und Schüler. Er warf ihnen aber gleichzeitig vor, nicht alle globalen Zusammenhän-



Mit dem Protest der Schülerin Greta Thunberg hat die Bewegung der Klimastreiks ihren Anfang genommen. Mittlerweile ist die 16-Jährige für den Friedensnobelpreis nominiert.

ge, das technisch Sinnvolle und ökonomisch Machbare zu sehen. „Das ist eine Sache für Profis“, twitterte Lindner – und löste damit eine Welle der Empörung aus. Der Deutsche Lehrerverband warf Merkel Heuchelei vor, wenn sie die Proteste unterstütze, da sie für die Klimapolitik des Landes stehe.

Bayern diskutiert

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (FW) lädt nun Schüler aus ganz Bayern zu zwei Jugend-Klimakonferenzen – jeweils an einem Freitagnachmittag – ein, eine findet am 29. März in Erlangen statt, die zweite am 5. April in München. Er will mit den Jugendlichen ins Gespräch

kommen. Nur Zuhören reicht den Landtags-Grünen nicht, sie forderten vergangene Woche, aus den Protesten konkrete und wirkungsvolle Maßnahmen abzuleiten und im Parlament zur Diskussion zu stellen. SPD und FDP stimmten zu, CSU, FW und AfD lehnten den Antrag nach einer hitzigen Debatte ab. CSU und FW warfen den Grünen vor, das Engagement der Jugendlichen aus parteipolitischen Gründen „für einen Antrag zu missbrauchen“.

Landwirte uneins

Auch in der bayerischen Landwirtschaft findet „Fridays for Future“ Unterstützer. Bioland lobte die Aufbruchsstimmung der heutigen

Jugend. Die gleiche Stimmung habe viele Landwirte bereits vor Jahrzehnten dazu bewogen, auf Ökolandbau umzustellen. Die Landwirtschaft sei nicht nur Opfer des Klimaschutzes, sondern auch für rund 10 % der Treibhausgas-Emissionen in der EU verantwortlich. Gemeinsam mit der Forstwirtschaft müsse sie zu einer CO₂-Senke werden. Der Ökolandbau könne hier einen bedeutenden Beitrag leisten. Unterstützung kommt ebenfalls von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft: Auch viele Bauern kämpften für Klimaschutz. Ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben.

Der Bayerische Bauernverband verweist auf die Leistungen der Landwirtschaft. BBV-Umweltpräsident Stefan Köhler sagte: „Während in anderen Bereichen die Emissionen zum Teil weiter steigen und Schüler deshalb auf die Straße gehen, tun wir Landwirte bereits enorm viel für den Klimaschutz. In der deutschen Landwirtschaft konnten die Treibhausgase seit 1990 nicht nur um 23 Prozent reduziert werden, wir haben uns auch zu weiteren Einsparungen verpflichtet.“ Köhler betonte, dass die Schüler angesichts des Klimawandels Recht hätten, in Sorge um die Zukunft zu sein. Landwirte spürten dies hautnah. Doch weder mit Demos noch mit den Fortschritten in der Landwirtschaft allein könne der Klimawandel in den Griff bekommen werden.

Die Veranstalter von „Fridays for Future“ kündigen unterdessen weitere Demonstrationen an. Eine europaweite Kundgebung ist für den 24. Mai, unmittelbar vor der Europawahl, geplant. **SMB/AK**

Aus Sicht des Klimaforschers

Priv. Doz. Dr. Ralf Sussmann ist Klimaforscher für das Karlsruher Institut für Technology in Garmisch-Partenkirchen. Wir sprachen über Landwirtschaft und Klimawandel.

Wochenblatt: Ist es richtig zu sagen, dass wer das Klima retten will, weniger Fleisch essen sollte?

Sussmann: Absolut, aber auch weniger Reis und intensiv gedüngte Produkte und bitte auch weniger Biokraftstoffe nutzen. Man kann die Produktion dieser Dinge aber nicht der Landwirtschaft anlasten. Die Bauern erzeugen ja nur, was die Verbraucher nachfragen und die Politik erlaubt.

Wochenblatt: Was können die Bauern gegen den Klimawandel tun?

Sussmann: Sie können den Verbrauchern erklären warum es bes-

ser ist, weniger aber hochwertigeres Fleisch zu essen. Sie können Holz aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern zur Verfügung stellen, denn Holznutzung ist Klimaschutz. Außerdem müssen sie die Effizienz in der Stickstoffdüngung weiter steigern, um weniger Lachgas zu produzieren. Gleiches gilt in der Tierhaltung, wo jede Minderung des Methanausstoßes durch optimierte Fütterung dem Klima hilft. Alle Biogasanlagen sollten hinsichtlich Methan-Leckagen streng geprüft und gewartet werden.

Wochenblatt: Viele Bauern fühlen sich als Klimasünder an den Pranger gestellt. Wie sehen Sie das?

Sussmann: Für den starken Anstieg der Methankonzentration in der Erdatmosphäre seit 2007 sind

nicht nur die Landwirte verantwortlich. Mindestens 40 % dieses Anstiegs sind eine Folge eines Öl- und Gas-Booms. Das Fracking in den USA, Leckagen beim Betrieb von Pipelines und aufgelassene Bohrlöcher sowie Bergwerksschächte verursachen alle hohe Methan- und Ethanemissionen.

Wochenblatt: Wie kann man die Klimaerwärmung aufhalten?

Sussmann: Wir müssen spätestens in 30 Jahren aus der thermischen Nutzung fossiler Energieträger ausgestiegen sein. Das wird schwer genug. Ein Schritt dahin könnte sein, alle Kohlekraftwerke sofort abzuschalten und auf Öl und Gas umzusteigen. Das bringt aus Klimasicht aber nur etwas, wenn es gelingt, die Leckageverluste bei Produktion, Transport und Verbrauch deutlich zu senken. **SMB**